

Berliner Tageblatt

Nr. 419

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Verl.-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Moller in Berlin.

Die Genfer Verhandlungen.

Die heutige Vollversammlung.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten

Genf, 3. September.

Genf zeigt alle äußeren Abzeichen eines besonderen Tages. Vor dem Hotel der beiden Ministerpräsidenten neugierige Scharen. Der dem Hotel Victoria, durch das die Delegierten in den Informationsaal gelangen, halten Volkstänze den Tag über. Die zahlreichen Scharen und Brände. Die Tribünen für das Publikum sind dicht gefüllt. Helle Damenreihen leuchten von dem stimmungsvollen Rot der Wandbefeuchtung. Aus dem Saal tönt lautes Stimmengewirr herauf. Die Delegierten, unter denen sich einige Damen befinden, erörtern lebhaft die Möglichkeiten der spannenden Lage. Neben Lord Balfour sitzt MacDonalld im grauen Anzug. Er wird von allen Seiten begrüßt und lächelt heiter. Sein Gesicht ist sonnenbegeistert. Herriot erscheint. Die leicht unterlegte Gesicht im grauen Gut. Als er MacDonalld erblickt, zitt er mit freudiger Bewegung auf ihn zu. Händelastig erhebt im ganzen Saal alle freundschaftliche Begrüßung. Präsident Motta begrüßt die beiden mit einigen herzlichen Worten, in denen er ihnen für ihre Interesse am Völkerverband dankt. Herriot hat neben Balfour Platz genommen. Er erinnert in seiner Eröffnung stark an den Reichspräsidenten Ebert.

Zunächst werden einige Punkte der Geschäftsordnung besprochen. Sodann spricht der Japaner Graf Ijimi über die Tätigkeit des Völkerverbandes im abgelaufenen Jahre.

Professor Gilbert Murray, englischer Delegierter und berühmter Gelehrter, spricht zur ersten Tagesfrage. Er betont die Schwierigkeiten, die durch die Friedensverträge geschaffen sind. Wir haben sämtlich diese Schwierigkeiten, die innerhalb der neuen Nationalitäten entstanden sind und die die Lage unsicher gestalten, unter der Schärfe. Der Redner schildert die schwierige, großen Last erfordernde Aufgabe des Sekretärs bei der vermittelnden Behandlung dieser Frage. Er erwähnt den grundsätzlich wichtigen Schritt der bulgarischen und griechischen Regierung, die ein gemeinsames Komitee zur Behandlung der Minderheitenfrage bestimmen. Der Redner geht sehr ins Detail, während die Vermählung in Erwartung einer römischen Senation von seinen der beiden Premierminister mit geringer Aufmerksamkeit folgt. Murray appelliert mit einer seiner früheren Resolutionen an alle Mächte, ihre Minderheiten gerecht zu behandeln. Während der Rede erhebt sich MacDonalld. Der griechische Vertreter Politis spricht sodann. Er erinnert an den mit den Alliierten geschlossenen Bündnisvertrag, dessen Bestimmungen Griechenland zu erfüllen entschlossen sei. Inzwischen ist auch Herriot verschwunden, so daß nunmehr die Annahme besteht, daß die Vermittlung der Fortführung der Generaldebatte gilt. Man darf annehmen, daß die Vorbesprechungen zwischen MacDonalld und Herriot noch nicht abgeschlossen sind.

Der holl. Redner van der Meer spricht seinen über die Tätigkeit des internationalen Gerichtshofes. Der Belgier Gommans erwidert kurz. Die Aufmerksamkeit wird wieder nach dem Hofall empfangen wird der persische Delegierte Fürst Afra ad Dowlah, der das Wort nimmt.

Seine nachmittag findet eine zweite Vollversammlung statt, in der jedoch keine der beiden Redner teilnehmen wird. MacDonalld wird in der morgigen Vormittagsung das Wort ergreifen. Wann Herriot spricht, ist noch unbekannt.

Als die beiden wichtigsten, schwierigsten und verwideltsten Fragen, die die Versammlung beschäftigen, hat Präsident Motta gestern diejenige des Garantiepaktes und der Abrüstung bezeichnet. Sie sind mehr als dies. Sie sind die wichtigsten und verwideltsten Fragen, die Europa beschäftigen. Der Völkerverband konnte eine geistig und technisch glänzende funktionierende Organisation aufbauen. Er hat, wie 1920, durch seine Abrüstungskommission und die gewählte Kommission die Frage der Abrüstungsvermindernungen nach allen Seiten unterlegen lassen. Aber er kann nur das der Verwirklichung näherbringen, was politisch möglich ist, und was die europäischen Verhältnisse gestatten. Das zeigt das Schicksal des Garantieprojektes. In diesem Projekt hat, wie Paul Boncour in einem Aufsatz hervorhebt, Beweise bestimmende Mitwirkung den Gedanken des militärischen Sonderabkommens hineingearbeitet. An dem Gegenstand der englischen Politik, deren Ziel eine solche Sonderabkommen zum Vorkommen, mußte das Projekt scheitern. Hier enthielt sich das, was in heutigen Europa die Herstellung einer Sicherheitsgarantie für alle Staaten nicht unüberwindlich macht. Aber diese Garantie ist die Vorbedingung der Abrüstungsvermindernungen. Denn kein Staat wird seine militärische Kraft vermindern, wenn ihm nicht dafür die Sicherheit geboten wird. Die grundlegende Bestimmung des Völkerverbandes ist die, daß die Bundesmitglieder anerkennen müssen, daß die Aufrechterhaltung des Friedens die Verabreichung der Rüstungen auf das mit der nationalen Sicherheit und der Erfüllung der Bundespflichten erträgliche Maß erfordert. Der Völkerverband kann diese Pflicht zwar vereinbaren und die Abrüstungskommission die juristische und technische Methode ihrer Erhebungen unterlegen. Ermöglicht kann die Innehaltung dieser Bestimmung nur werden, wenn die führenden europäischen Mächte den dazu erforderlichen materiellpolitischen Kompromiß finden. Ob dies möglich ist, wird man vielleicht von MacDonalld und Herriot hören. Der Londoner „Punch“, der seine eigenen Zeichnungen auf besondere sorgsame Erwägungen gründet, bringt in seiner letzten Nummer das hübsche Bild der beiden Premier in Sonderform, wie sie dem in der Ferne sichtbaren Völkerverband zusprechen. Auf einem

Bewegter steht: „Friedlicher Ausblick von jedem Fenster.“ Ob diese freundliche Vorhergabe gerechtfertigt ist, wird im Genfer Informationsaal mit höchster Spannung erwartet.

MacDonalld's Ankunft.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten

Genf, 3. September.

MacDonalld's Ankunft erfolgte heute früh kurz nach neun Uhr fast unbemerkt. Er wurde von den englischen Delegierten mit Lord Balfour und Henderson empfangen. Vor dem Hotel, in dem er absteigt, hatten sich einige hundert Engländer versammelt. Herriot hielt heute vormittag in seinem Hotel eine Beratung mit den Mitgliedern der französischen Delegation ab. Morgen wird er im kleinen Kreise mit MacDonalld sprechen. Freitag wird er zusammen mit MacDonalld und Theunis einem von der Internationalen Vereinigung der beim Völkerverband beglaubigten Journalisten gegebenen Frühstück bewohnen. Abends gibt der Völkerverband den drei Ministerpräsidenten ein kleines Essen.

Die Vorbehalte der französischen Opposition. Gegen die Abrüstungskonferenz. — Für die Aufrechterhaltung der Sonderverträge.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten

Paris, 3. September.

Der „Matin“ erwähnt das Gerücht, daß Lord Balfour in Genf eine neue Methode der militärischen Heberwächung Deutschlands durch den Völkerverband vorschlagen will. Diese Heberwächung soll für Deutschland in der gleichen Art erfolgen, wie für Österreich, Ungarn und Bulgarien, also in einer milderen Form, als sie von den französischen Rechtsphilosophen gewünscht wird. Von diesem „englischen Manöver“ wurde schon vor zwei Tagen in Paris gesprochen, aber über die Kombinationen, die durch Genf Meldungen veranlaßt wurden, wußte keine ernsthafte Veröffentlichung etwas Zuverlässiges zu erzählen. Hier wird angenommen, daß die große Rede Herriot's und MacDonalld's vielleicht die erwartete Senation bringen werde. Ueber die Auffassung der französischen Delegation hat sich Herriot informiert, wie er besonders erwähnt, vor dem Eintreffen Herriot's. Die politische Tendenz des „Matin de Paris“, das jetzt Oppositionsbildung gegen die Regierung ist, muß dabei von den Lesern in Betracht gezogen werden. Herriot erklärt, daß die Premierminister Frankreichs und Englands nicht die Absicht haben, von der Heberwächung der deutschen Rüstungen durch den Völkerverband oder von dem Beitritt des Reiches zum Völkerverband zu sprechen. Diese letzte Frage wird erst im nächsten Jahre aktuell werden. Vorläufig hat Deutschland keine Aufnahme noch nicht beantragt. Auch die Organisation der Kontrolle durch den Völkerverband ist noch nicht bruchfertig. Die Informationen des Herrn Herriot glauben, daß die Kommission mit den Vorbereitungen für diese Organisation noch lange zu tun haben werde. Die Diskussion wird sich also hauptsächlich auf den Punkt der gegenseitigen Unterstützung und die Einschränkung der alliierten Rüstungen beschränken. Die französische Regierung wird, falls die Auffassung sich nach dem Eintreffen Herriot's nicht ändern sollte, an den folgenden Grundfragen festhalten:

1. Die Regierungen können ihre Rüstungen erst dann einschränken, wenn das Problem der Sicherheit gelöst ist. Herriot sagt hierzu: „Zweitens wird den Garantiepakten überhaupt gelöst werden kann“.
2. Eine internationale Abrüstungskonferenz, die nicht vom Völkerverband einberufen wird und die sich ausschließlich mit der Beschränkung der Rüstungen beschäftigen soll, hat vorläufig keinen nützlichen Zweck.
3. Wenn der Pakt zur gegenseitigen Unterstützung praktische Bedeutung gewinnen soll, muß er die bereits abgeschlossenen Sonderverträge unberührt lassen.
4. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt worden sind, kann dem Gedanken eines Schiedsgerichts zur Vermittlung künftiger Konflikte ein gewisser Spielraum geschaffen werden.

Herriot sagt hierzu: „Dies ist das französische Programm. Wir werden den Ministerpräsidenten Herriot und die französische Delegation nach den Resultaten beurteilen, die sie in dem Streit um zwei Fragen erreichen werden: Bei der Zurückweisung des gefährlichen Planes einer Abrüstungskonferenz, den MacDonalld und Coolidge unterstützen und bei der Diskussion über die Sonderverträge. Wir haben bereits Verträge mit Belgien, Polen und der Tschechoslowakei geschlossen, und das diese Verträge existieren und nicht umstößt werden können, ist unsere Position ziemlich fest. Es wäre deshalb nicht zu wünschen, wenn Herriot der englischen Diplomatie Zugeständnisse machte, um dem Gedanken des Schiedsgerichts positive Interessen Frankreichs zu opfern. Die Staaten der kleinen Entente können für die nächsten Jahrzehnte vor einer „Offensive des Rangenationalismus“ (1) nur durch einen starken Arm geschützt werden. Wir dürfen den Arm Frankreich nicht schwächen lassen. Aus den Neutralen und den Freunden Deutschlands ist an der internationalen Abrüstungskonferenz gelegen. Die Aufgabe Frankreichs muß es bleiben, durch eine fröhliche Initiative den Weg auszugeben, dem unsere Freunde in Brüssel, Prag, Bukarest, Warschau und Belgrad folgen müssen.“

(Siehe auch Seite 2.)

Vor der Räumung Dortmunds.

Opfer des Ruhrkampfes. — Die bisherige Abgrenzung durch die Zollgrenze. — Die Zerstörung der deutschen Verkehrs-einzel. — Wohnungsnot und Befahrung. — Gefühl der Erleichterung seit Annahme des Londoner Paktes.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Alfred Krüger.

Dortmund, Anfang September.

Dortmund, das nach dem Londoner Abkommen in Kürze geräumt werden soll, wurde am 16. Januar 1923 von den Franzosen besetzt. Auch diese letzte und industriereichere Stadt, die heute über 320 000 Einwohner zählt, trägt die Merkmale des Ruhrkampfes. Auf dem alten Westfriedhof liegen die sechs Deutschen, die bei dem verhängnisvollen Pfingstfesttag vorigen Jahres der widrigen französischen Soldateska zum Opfer gefallen sind, gewordenen französischen Soldateska zum Opfer gefallen sind, die während der zahlreichen vor dem großen Friedhof herumlagernden, führen mich durch die langgestreckte herbstliche Allee zu den Gräbern, die mit einfachen Holzgräbern geschmückt sind. Die unschuldigen Opfer waren harmlose junge Burshen im Alter von 18 bis 20 Jahren. Die furchtbare Tragödie wird noch einmal lebendig. Der französische Kommandant hatte nach der Erschießung zweier Offiziere durch einen früheren Schwabensoldaten über die sofortigen verhafteten Befragungszustand über Dortmund verhängt. Die Kritik für das Infraktum der neuen Verfügung war absichtlich so kurz bemessen, daß ein großer Teil der Bevölkerung davon gar keine Kenntnis hatte. Trotzdem schossen die französischen Patrouillen blindlings auf die ahnungslosen Passanten, die nach 9 Uhr die Straße betreten.

Wie rasch ist dies doch alles im unbefestigten Deutschland vergessen worden, die blutigen Tragödien in Essen, Buer, Düsseldorf und der Pfalz, und wie rasch hätten sich diese Vorgänge wiederholen können, wenn das Londoner Abkommen nicht gelöst wäre und die Ruhrkarren mit ihrem separatischen Gefolge wieder Befahrungsfreiheit erlangt hätten. Die Beteiligung dieser Gefahr hat hier ein grenzenloses Gefühl der Erleichterung ausgelöst. Gerade der Stadt- und Landkreis Dortmund mit seiner zahlreichen Arbeiterbevölkerung bietet ein typisches Beispiel für die verhängnisvollen Auswirkungen des letzten Befahrungshitens. Die Zolllinie führt mitten durch den Dortmund-Handels-Tammerbezirk. Die Franzosen haben in diesem Teile des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nicht weniger als sechs Zollkontrollstationen eingerichtet, nämlich: Auen-Ord, Auen-Haupt, Auen-Züd, Schan-Horst, Dortmund-Haupt, Dortmund-Züd, Herde, Lüttringhausen, Herdeke und Vorhalle.

Die sinnlose Zerstörung der deutschen Verkehrseinheit tritt nirgends im besetzten Gebiet so schmerzhaft in die Erscheinung, wie hier. Der Verkehr wird auf diesen Stationen technisch vollkommen gemacht. Es gibt 3. B. keine direkten Fahrten Berlin-Essen. Die Züge müssen auf dem Dortmund-Handelsbahnhofe umsteigen und die Geschäfte neu aufgegeben werden. Dasselbe gilt für den umgekehrten Fall. Viel günstiger liegen die Verhältnisse dagegen in der Röhler Zone, wo die Tarife nicht getrennt sind und zwischen der deutschen Eisenbahn und der Regie ein Abrechnungsverfahren besteht, wie es zwischen benachbarten Eisenbahnverwaltungen allgemein üblich ist. Besonders schwer von diesen verkehrseinheitlichen Maßnahmen wird der Güterverkehr zwischen dem besetzten und unbefestigten Gebiet betroffen. Die durchgehenden Güterzüge gibt es heute nicht mehr. In normalen Zeiten wurden die Fernzüge auf den Anschlußgleisen der großen Werke nach vorheriger Verständigung mit der Eisenbahnverwaltung zusammengeführt und gingen von dort direkt nach ihren Bestimmungsorten. Man arbeitete, wie sich ein Fachmann ausdrückt, sozusagen „mit dem Kleinstopf“. Heute ist dies nicht mehr möglich, da auch hier das Frachtbriefverfahren getrennt ist.

In bunter Reihenfolge werden die Waggon von der Regie übernommen und nach den deutschen Grenzstationen überführt. Dort müssen neue Frachtbriefe ausgestellt und die Güge neu zusammengeführt werden. Die deutschen Bahnhöfe an der Peripherie des Zollgebietes sind infolgedessen überlastet. Das ganze umfängliche Verfahren bedeutet eine Quelle ständiger Differenzen und Schikanen, obwohl einzelne Regiebeamte in höheren Stellungen manchemfalls vornehmlich sind, die bürokratischen Gärten und Kompliziertheiten des französischen Verwaltungssystems etwas zu mildern. Bei der Flut von Frachtbriefen und Delegationen, die den Poststellen zu tausenden zugehen, ist ein Verlust oder eine Verwechslung dieser Papiere nicht immer zu vermeiden. Der unglückliche Empfänger muß in einem solchen Fall oft wochenlang warten, ehe die französische Behörde die Genehmigung zur Weiterfahrt des betreffenden Waggons erteilt. Die französischen Verwaltungssysteme dieses Systems auf Verkehr und Wirtschaft werden einem erlebbar, wenn man weiß, daß nur zwei Drittel des Personen- und Güterverkehrs des Ruhrgebietes über die Dortmund-Hebergangstationen gehen. Mit der Räumung des Dortmunder Bezirks und der Befreiung der Zollgrenze fällt die Kontrolle an den oben angeführten zehn Stationen fort und Dortmund erhält wieder vollen freien Verkehr. Freiheit. Man darf allerdings die verhängnisvollen Vorteile nicht überschätzen. Die Regie besteht vorläufig noch. Man muß damit rechnen, daß die Franzosen, so lange das